

Politik-oder die Kunst der Interpretation

Autor(en): **Stähli, Olivier**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaersblätter**

Band (Jahr): **72 (1997)**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-324562>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politik – oder die Kunst der Interpretation

Olivier Stähli

Die Stadt Baden durfte im Berichtsjahr wieder einmal eine städtische Volksabstimmung erleben, welche die Gemüter erregte – und deren Resultat von den Lokalpolitikern nach Belieben zurechtinterpretiert wurde. Es ging um die Beteiligung der Stadt Baden an der Parkhaus Theaterplatz AG und einen Projektierungskreditanteil von 460 000 Franken. In der Referendumsabstimmung vom 10. März 1996 wurde die Vorlage mit einem Mehr von nur 36 Stimmen abgelehnt. Die Überraschung war gross. Im Grunde genommen glaubte niemand – es darf wohl gesagt werden auch nicht das Referendumskomitee – so recht, dass die Vorlage scheitern würde.

Dem 10. März war ein hektischer Abstimmungskampf vorausgegangen, was der Vorlage zwar eine breite Wahrnehmung in der Bevölkerung, aber trotzdem nur 42 Prozent Stimmbeteiligung bescherte. Auch Tage nach der Abstimmung hatten sich die Gemüter noch nicht beruhigt. So schrieb Hans Fahrländer, Chefredaktor des «Badener Tagblatts» und Befürworter des Parkhauses Theaterplatz: «Rufen wir uns die letzten Wochen in Erinnerung. Sehr früh besetzten die Gegner das Feld. Sie zählten leere Parkplätze und schlossen messerscharf <Wenn es jetzt schon leere Parkplätze hat, wozu denn noch ein Parkhaus?> Damit okkupierten sie die öffentliche Diskussion. Und was taten die Befürworter, die bürgerlichen Politiker und Gewerbler? Sie versuchten, den Leere-Parkplatz-Ball mit eigenen Rechnungen zurückzuwerfen – statt einen neuen Ball zu spielen, zum Beispiel diesen: <Was nützt das Parkplätze zählen aussenherum?! In der Stadt ist der Kunde König und er will das Parkhaus im Zentrum, sonst geht er nach Wettingen oder Spreitenbach!> ...»

Das Parkplätze zählen hatte aber auch in der zweiten Woche nach der Abstimmung noch kein Ende. Ein Leserbriefschreiber aus Baden antwortete Hans Fahrländer: «Dass das Parkhaus Gartenstrasse an Samstagen und an den Abendverkäufen praktisch leer steht, sollte auch Ihnen seit Jahren bekannt sein. Hat doch das Badener Tagblatt in ebendiesem Parkhaus zahlreiche Parkplätze fest

gemietet. (...) Es ist auch klar, dass ohne eine Sperrung der Zufahrt in die Innenstadt über den Schlossbergplatz die Parkhäuser an der Peripherie halb leer stehen...»

Ob das Parkplätze zählen gerechtfertigt war oder nicht, bleibe hier dahingestellt. Sicher aber ist, dass es zur breiten Wahrnehmung der Vorlage in der Öffentlichkeit geführt hat. Jede und jeder konnte sich in den Badener Parkhäusern ein eigenes Bild machen und die eigenen Erfahrungen mit den in Leserbriefen publizierten Zählergebnissen vergleichen. Tiefer greifende Argumente beider Seiten (beispielsweise Verkehrsplanung, Umweltschutz, Stadtplanung, Interessen des Gewerbes, Konkurrenzfähigkeit usw.) dürften in der breiten Öffentlichkeit keine grosse Wahrnehmung gefunden haben.

Zufall – oder doch Wille des Volkes?

In der Öffentlichkeit haben sich die Wogen der Abstimmungskampfes nach einigen Wochen geglättet. Sechs Monate nach der Abstimmung werde das Thema in der Bevölkerung kaum mehr diskutiert, meinte etwa Einwohnerrat Stephan Attiker (FDP, Baden). Nicht so bei den Politikern. Auch ein halbes Jahr nach der Abstimmung über das Parkhaus Theaterplatz ist bei ihnen das Thema noch hoch im Kurs. Dies offenbarte sich im Rahmen einer Umfrage der «Badener Neujahrsblätter» bei allen 180 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten der Gemeinden Baden, Neuenhof, Obersiggenthal und Wettingen. 20 Prozent der Mitglieder des Badener Einwohnerrates beschieden in ihrer Antwort, dass die Abstimmung über das Parkhaus Theaterplatz die breiteste Wahrnehmung aller politischen Ereignisse innerhalb des Berichtsjahres erfahren habe.

Die Befürworter des Parkhauses glauben nicht, dass der Abstimmungskampf das Denken und Handeln einer breiten Bevölkerungsschicht über einen längeren Zeitraum geprägt hat. Sie gehen vielmehr davon aus, dass es sich beim Resultat um ein Zufallsmehr gehandelt hat und entsprechend eine Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt ein anderes Ergebnis zeitigen wird. «Man wird nach Alternativen suchen, den Theaterplatz trotzdem verkehrsfrei zu machen – unter Schaffung genügender Ersatzparkplätze im Zentrum», ist Andreas Binder (CVP) überzeugt. Entscheidend sei, «dass die negative Volksabstimmung nicht bewirkt, dass die Planungs- und Realisierungsdynamik in der Innenstadt (Baden Nord, Bahnhof etc.) abnimmt.» Rita Breunig-Zimmermann (CVP) erklärt: «Ich bin für einen autofreien Theaterplatz und dazu gehört ein unterirdisches Parkhaus.» Baden habe eine Chance verpasst, meint Ernst Moser (FDP). Demgegenüber erklärt Erich Stieger (CVP): «Die Suche nach einer guten, aber mehrheitsfähigen Lösung muss weitergehen.»

Die Gegner des Parkhausprojektes auf der anderen Seite sind überzeugt, dass das Ergebnis der Volksbefragung das Resultat eines Wahrnehmungsprozesses im Rahmen des Abstimmungskampfes ist. «Der Abstimmungskampf hat in der Bevölkerung das Bewusstsein für Fragen der Lebensqualität, der Stadtentwicklung und des Verkehrs geweckt», erklärt Peter Marti (Grüne Liste). Peter Kamm (team) unterstützt diese Aussage mit dem Hinweis «auf die erste Abstimmung in dieser Sache im Jahre 1993 – damals waren noch zwei Drittel für das Parkhaus». Und Max Pauli (LdU) schliesst aus dem Abstimmungsergebnis, dass die Zusammensetzung des Einwohnerrates nicht die Bevölkerung der Stadt Baden widerspiegeln.

Und die Region?

In Baden hat also die Abstimmung über das Parkhaus Theaterplatz das politische Jahr geprägt. Welche Themen haben aber die Region bewegt? Da ist zum Beispiel das Ende des Riverfront-Projektes im Badener Bäderquartier (siehe Politische Chronik 1996). Interessanterweise setzten ausschliesslich Obersiggenthaler Einwohnerräte dieses Thema an die Spitze der «politischen Rangliste 1996» – und interessanterweise mochten alle diese Einwohnerräte nicht namentlich zitiert werden. Trotzdem ein Kommentar aus der Obersiggenthaler CVP-Fraktion: «Grosse Würfe werden es vermutlich generell sehr schwer haben in einer Zeit, wo sehr stark verteidigte Einzelinteressen die Hürden für handlungswillige Akteure zu hoch werden lassen.»

Ebenfalls in der Region Spuren hinterlassen hat die Niederlage von Badens Stadtammann Josef Bürge in den Ständeratswahlen im Herbst 1995. Auf der einen Seite wird im Wahlergebnis ein weiterer Hinweis dafür gesehen, dass Baden immer mehr zu einer wirtschaftlichen Agglomeration von Zürich und zu einer politischen Agglomeration von Aarau verkomme. Auf der anderen Seite wird bedauert, dass politische Koalitionen auf Kantonsebene (FDP/SVP gegen CVP/SP) der Region Baden praktisch keine Chance für eine Vertretung im Ständerat liessen.

Der Wahlausgang ist aus der Sicht von Daniela Oehrli (SP, Baden) aber nicht nur für den Ostargau, sondern für den ganzen Kanton unbefriedigend: «Die Wahl von Josef Bürge zum Ständerat hätte gezeigt, dass auch der Kanton Aargau vorwärts schaut. Die Wahl von Maximilian Reimann (SVP, neu) und Willi Loretan (FDP, bisher) neigt in eine konservative, wenig zukunftsversprechende Richtung. Die junge Generation fühlt sich nicht vertreten und wird entsprechend noch weniger Interesse an politischen Ereignissen zeigen.» Für Heinz Germann (FDP, Wettingen) ist der Wahlausgang das Resultat der CVP-Politik: «Die Politik der CVP, die meines Erachtens ein zu breites Spektrum abdecken muss, findet zu wenig Halt in der Bevölkerung.» Die Lösung sei in einer massvollen Stärkung des rechten CVP-Flügels zu suchen.

Handlungsbedarf – aber nur bei Bund und Kanton!

Themen aus den Gemeinden Neuenhof, Obersiggenthal oder Wettingen haben praktisch keine Chance, zu einem regional bedeutenden politischen Thema zu werden, wie die Umfrage zeigt. Das Neuenhofer Budgetproblem, der Obersiggenthaler Tageshort oder die Einbürgerungspraxis des Wettinger Einwohnerrates brachten es in der Umfrage jeweils nur zu einzelnen Erwähnungen. Es fällt auf, dass Einwohnerräte aus den Aussengemeinden oftmals das Geschehen in der Stadt Baden höher werten als jenes in der eigenen Gemeinde – oder aber viel mehr Weitblick beweisen und wirkliche regionale Themen suchen, während Mitglieder des Badener Einwohnerrates ganz selbstverständlich ein ausschliesslich auf die Stadt beschränktes Thema zum wichtigsten Ereignis in der Region erklären.

Ein völlig überraschendes Ergebnis hat die Umfrage aber auch gezeitigt: Ganze 32 Prozent der eingegangenen Antworten erklären den Themenblock «Wirtschaftsflaute/Arbeitslosigkeit» zum politischen Ereignis, welches im vergangenen Jahr die breiteste Wahrnehmung in der Bevölkerung der Region Baden erfahren hat. Erstaunlich ist nicht das Thema, sondern dass sich Lokalparlamentarier aus allen Fraktionen und aus allen vier Einwohnerräten nicht auf ein Regional- oder Lokalthema versteifen. Damit hat sich das Aussergewöhnliche aber auch schon. Die Stellungnahmen der Lokalpolitiker beschränken sich nämlich ausnahmslos auf die Feststellung des Problems und auf den Hinweis, dass dringender Handlungsbedarf auf Kantons- oder Bundesebene gegeben sei...

Und die neue «Aargauer Zeitung»?

Die Fusion von «Aargauer Tagblatt» und «Badener Tagblatt» zur «Aargauer Zeitung» wurde im übrigen nur von einem der 180 Einwohnerräte als herausragendstes politisches Ereignis des Berichtsjahres beurteilt – notabene von einem Einwohnerrat mit journalistischer Grenzerfahrung.